

Londoner Massenmord bleibt ungesühnt



Der Terrorismord an 52 Londoner U-Bahn Fahrgästen durch islamische Bombenleger vom 7.7.2005 bleibt ungesühnt. Nach einem endlosen Mammutprozess konnte die britische Polizei nicht genug belastbare Beweise beibringen, um den strengen Auflagen des britischen Strafrechts zu genügen. Die Angeklagten, an deren Verstrickung nach menschlichem Ermessen kein Zweifel bestehen kann, beklagen die lange Zeit, die Ihnen durch den Prozess verloren gegangen ist. Man sieht sich.

Der SPIEGEL berichtet:

„Vier Jahre, 52 Tote, 100 Millionen Pfund, keine Verurteilung“, so lakonisch resümierte der „Guardian“ eine der größten Polizeiermittlungen der britischen Geschichte. Der Prozess gegen drei Männer, die für die Vorbereitung der Londoner Terroranschläge im Juli 2005 vor Gericht standen, war am Dienstag mit einem Freispruch zu Ende gegangen. Damit wird wohl niemand für die tödliche Bombenserie in drei U-Bahnen und einem Bus belangt werden.

Die Enttäuschung der Angehörigen der Opfer war groß. „Es ist sehr schwierig, wenn man versucht, über etwas hinwegzukommen, und es ist niemand da, den man vor Gericht stellen kann“, schrieb Robert Webb, der seine 29-jährige Schwester Laura bei dem Attentat verloren hat, im „Independent“. „Ich fühlte, dass es eine Menge Beweise gegen die Angeklagten gab, aber man muss das Urteil der Jury respektieren.“

Die vier Selbstmordattentäter waren 2005 bei den Explosionen gestorben, doch die Polizei geht bis heute davon aus, dass

bis zu 20 weitere Personen in die Planung eingebunden waren. Die nun freigesprochenen Männer Waheed A., Mohammed S. und Sadeer S. waren die Einzigen, die je dafür angeklagt wurden.

Die drei waren enge Freunde der Attentäter aus dem Stadtteil Beeston im nordenglischen Leeds. Gemeinsam hatten sie Terror-Ausbildungslager in Pakistan und Kaschmir besucht. Auch hatten sie im Dezember 2004, acht Monate vor den Anschlägen, mit zwei der Attentäter zwei Tage in London verbracht – um Ziele auszuspähen, wie die Ermittler glauben. Doch fand die Jury die Beweise zu dünn: Einstimmig fiel das Urteil unschuldig.

Für die Angehörigen ist es nur ein schwacher Trost, dass Waheed A. und Mohammed S. in einem zweiten Urteil für den geplanten Besuch eines Terrorcamps im März 2007 verurteilt wurden. „Das Unvermögen, vier Jahre später jemanden der Unterstützung für die Terroristen zu verurteilen, führt zu dem Gefühl, dass Gerechtigkeit verhindert wurde“, kommentierte die „Times“.

Die Dimensionen der vier Jahre langen Untersuchung der Londoner Anschläge sind gewaltig: Die Ermittler prüften 90.000 Telefonanrufe von 4700 verschiedenen Telefonen, 37.000 Beweisstücke und vernahmen 18.450 Zeugen. Die Kosten belaufen sich auf 100 Millionen Pfund.

Nun musste die Polizei eingestehen, dass all das nicht ausreichend war. Der Chef von Scotland Yards Anti-Terror-Einheit, John McDowall, bekräftigte zwar seine Überzeugung, dass die Attentäter nicht allein gehandelt haben könnten. Er appellierte an die Muslime in Beeston, als Zeugen zur Polizei zu kommen, wenn sie etwas wüssten. Ungeklärt ist unter anderem, zu welchen Personen die zehn verschiedenen Fingerabdrücke gehören, die in den Räumen in Leeds gefunden wurden, in denen die Bomben hergestellt wurden.

Die Polizei glaubt nicht mehr daran, die Verbrecher überführen

zu können, die sich bereits wieder in ihrer Opferrolle gefallen:

Die drei Angeklagten waren im März 2007 verhaftet worden. Er habe zwei Jahre seines Lebens verloren, sagte Sadeer S. nach dem Freispruch. Er sei „total unschuldig“. Während des Prozesses hatten die Angeklagten keinen Hehl daraus gemacht, dass sie die Ansichten der internationalen Dschihadisten teilen. Der 25-jährige Waheed A. etwa hatte gesagt, dass er britische Soldaten in Afghanistan für „legitime Ziele“ halte.

Jegliches Wissen über die Londoner Anschläge jedoch stritten sie ab. Ihren Dezember-Besuch in der Hauptstadt, bei dem sie laut Handy-Anrufliste auch in der Nähe der Anschlagsziele gewesen waren, erklärten sie damit, dass sie sich nur einige Sehenswürdigkeiten hatten anschauen wollen.

Da den Schuldigen nicht beizukommen ist, sucht man in England bereits nach einem neuen Sündenbock. Polizei und Geheimdienste bieten sich an. Eine Untersuchung soll klären, warum diese die Täter, die teilweise unter Beobachtung gestanden hatten, nicht vor der Tat gestoppt hätten. Die Verurteilung wird leichter fallen als bei den muslimischen Mördern. Selbst wenn die Verteidigung argumentieren könnte, dass es schwer möglich sein dürfte, Täter vor der Tat unschädlich zu machen, wenn es nicht einmal gelingt, sie nach der begangenen Tat zu verurteilen.

SKY-NEWS berichtet:

(Spürnasen: Andre G., John A.)

Weg zur Einbürgerung ist bürokratische Vorhölle



Seit Einbürgerungswillige mehr Deutsch können müssen als „Isch fick deine Mudda“, „Scheißdeutsche“ und „Schlampe“ und zudem alleine für ihren Lebensunterhalt sorgen müssen, ist die Zahl der Einbürgerungen zurückgegangen. Grund für die Qualitätsmedien, Alarm zu schlagen, die *Süddeutsche* spricht gar von einer Vorhölle, der der Weg zur Einbürgerung gleiche.

Nackte Angst herrscht mittlerweile unter den Zuwanderern.

Die Verunsicherung unter den Zuwanderern sei groß, sagt Kenan Araz. Seit die Bundesregierung vor zwei Jahren einen schwierigeren Sprachtest bei Einbürgerungen eingeführt habe, zögerten viele Ausländer mit dem Schritt zum deutschen Pass, sagt Araz, der in Bochum für Wohlfahrtsverbände Einbürgerungswillige berät. „Viele geben auf aus Angst, es nicht zu schaffen.“

Wir sind betroffen und auch ein Stück weit traurig. Dass man minimale Mindestanforderungen, wie etwa das Erlernen der Landessprache, an Einbürgerungswillige stellt, kann so nicht in Ordnung sein. Immer diese Deutschtümelei!

Die Koalition habe es den Migranten jedoch immer schwerer gemacht, den Pass zu ergattern. „Die Bundesregierung muss Einbürgerung endlich konsequent erleichtern.“

so Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke. Werfen wir einmal einen Blick auf die unmenschlichen Regelungen:

Acht Nachweise verlangt das geltende Gesetz – etwa, dass der Bewerber flüssig Deutsch sprechen oder sich und seine Familie ohne staatliche Zuschüsse ernähren kann.

Wozu die Familie ernähren können? Es gibt doch die soziale Hängematte! Nein, aber sogar die *Süddeutsche* findet diese Regelungen noch in Ordnung, hat aber arge Probleme mit dieser:

Zudem werden Bewerber ausgeschlossen, wenn sie mal zu einer Strafe von 90 Tagessätzen verurteilt wurden. Zuvor waren es noch 180 Tagessätze gewesen. „Dies trifft vor allem Jugendliche“, sagt Araz, also eine Gruppe, um die die Politik eigentlich besonders wirbt. Die Grenze ist schnell überschritten, etwa durch Cannabis-Besitz oder Ladendiebstahl.

So ganz selbstverständlich wird den eingewanderten Jugendlichen hier eine Vorstrafe unterstellt. Natürlich reden wir hier nicht von Gewalttaten. Da brauchen jugendliche Migranten bekanntlich in der Regel keine Verurteilung zu befürchten. Schlimmere Vergehen wie Ladendiebstahl oder Schwarzfahren sollte die Aufnahmegesellschaft aber wohl großzügig dulden. Schließlich brauchen wir die zukünftigen Rentenzahler!

(Spürnasen: Civis, John A., Alex60, Pittiplatsch, Le Saint Thomas, Marcus K.)

„Afrikanischer Barbar“ verhöhnt jüdisches Opfer



Entgegen dem Willen der Mutter des Opfers wird der Prozess gegen Judenmörder Youssouf Fofana (Foto) und seine Bande hinter verschlossenen Türen geführt. Der eklatante Antisemitismus der Täter ist der Öffentlichkeit scheinbar nicht zuzumuten. Fofana bezeichnet sich selbst als einen „afrikanischen Barbaren, bewaffnet, aufrührerisch, salafistisch“. Den Tag des Mordes, den 13. Februar 2006, gibt er als seinen „Geburtstag“ an, so stolz ist er darauf, das Leben eines jungen jüdischen Mannes ausgelöscht zu haben, denn „Allah wird siegen“.

Auch in Frankreich kann nicht sein, was nicht sein darf. So ist die Polizei selbst nicht ganz unschuldig daran, dass das Entführungsdrama für den damals 23-jährigen Ilan Hamili tödlich ausgegangen ist. Die Polizei hatte ein antisemitisches Motiv von vornherein ausgeschlossen – schließlich ist Antisemitismus auf Rechte abonniert und die Banlieue-Jugendlichen sind eine „kulturelle Bereicherung“. Doch Youssouf Fofana und seine „Barbarenbande“ zeigten der Justiz die wahre Fratze des islamischen Judenhasses. Ilan Halimi liegt er bereits im Sterben als ihn seine Peiniger nackt, geschunden und entkräftet an Bahngleisen nördlich von Paris liegen lassen.

(Spürnase: Anton G.)

Grundlos 18-Jährigem beide Kiefer gebrochen



Mit einem doppelten Kieferbruch bezahlte ein 18-Jähriger die politisch verordnete Begegnung mit einem Türken und einem Albaner. Seine Freundin und ein weiteres Mädchen in seiner Begleitung wurden ordinär beleidigt. Es sind dies die Zustände, über die man nicht reden darf, ohne übel diffamiert zu werden.

David hatte mit seiner Freundin und einem weiteren Mädchen zunächst das Groucho besucht. Gemeinsam wollten die jungen Leute noch einen Abstecher ins Gasthaus unternehmen. Weil dort aber nicht mehr viel los war, machten sie sich auf den Heimweg. Vor dem Grill in der Ennester Straße standen drei junge Männer, die die beiden Mädchen plötzlich grundlos und mit den übelsten Ausdrücken beleidigten. Als David hinzukam, wurde er ohne Vorwarnung niedergeschlagen. Die Täter schlugen derart brutal und hemmungslos zu, dass sie ihm sowohl den Ober- als auch den Unterkiefer brachen. Schwer verletzt rettete sich der Junge mit den Mädchen ins nahe Gasthaus. Von dort aus wurde der Schüler, der die elfte Klasse des Rivius-Gymnasiums besucht, ins Attendorner Krankenhaus gebracht. Als die Ärzte die Schwere der Verletzungen erkannten, ließen sie ihn ins Jung-Stilling-Krankenhaus nach Siegen transportieren, in dem es eine kieferchirurgische Abteilung gibt. In

Vollnarkose wurde David inzwischen zweimal operiert. Den Unterkiefer haben die Ärzte mit einer Metallplatte stabilisiert, an den Oberkiefer trauen sie sich nicht heran: Zu groß scheint ihnen die Gefahr, einen Gesichtsnerv zu verletzen, was eine Gesichtslähmung zur Folge haben könnte. Ober- und Unterkiefer sind mit einem Draht verbunden, David kann die Zähne nicht auseinanderbringen und nicht sprechen. Zwei Wochen lang wird er nur flüssige Nahrung zu sich nehmen können.

Das müssen wir aushalten, nicht wahr, Frau Beck? Das ist der Preis für die verordnete multikulturelle Gesellschaft á la lnsgrün. Endlich kriegt der Deutsche mal auf die Fresse. Endlich wird die verhasste bürgerliche Gesellschaft nachhaltig zerstört!

Während einer Stufenversammlung unterrichtete Rivius-Schulleiter Klaus Böckeler Schüler und Eltern von dem Geschehen. Er warnte die Jugendlichen zudem: „Nehmt euch in Acht, wo ihr euch in Attendorn nachts bewegt. Meidet bestimmte Gegenden. Dazu gehört auch die Innenstadt.“

David Vater Gunter Schramm (47), der sich noch in der Tatnacht erfolglos auf die Suche nach den Schlägern gemacht hatte, fordert ebenfalls Konsequenzen: „Viele deutsche Jugendliche haben mittlerweile Angst, nachts auf die Straße zu gehen. Die Täter sollte man ausweisen, denn sie haben ihr Gastrecht verwirkt und schaden dem Ansehen ihrer friedlichen Landsleute.“

Ausweisen? Wir sollten sie einbürgern, falls das nicht längst passiert ist, damit sie wissen, dass sie bei uns willkommen sind. Schließlich zahlen sie einst unsere Renten!

(Spürnasen: Tizian, Hartzhasser, Florian G., Rhesusfaktor, lobo1965 und Wiesel84)

„Zu weiß und zu jüdisch“ für Labour



Elaina Cohen (Foto) wollte in Birmingham für Labour kandidieren, doch dafür ist sie angeblich „zu weiß und zu jüdisch„. Der Stadtrat und ehemalige Bürgermeister Mahmood Hussain sagte der 50-Jährigen: „Meine Muslimischen Mitglieder wollen Sie nicht, weil sie jüdisch sind.“ Sie könne Labour wegen ihrer Herkunft nicht vertreten, sie sei für den Stadtrat außerdem zu weiß.

Diese offene Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit und der Hautfarbe, ausgerechnet von einem Moslem und Sozialisten machte Mrs. Cohen so wütend, dass sie offizielle Beschwerde beim Labour Generalsekretär Ray Collins gegen Hussain wegen Rassismus gegen Weiße und Antisemitismus eingereicht hat. Der Beschuldigte streitet bereits alles ab. Wirklich erschreckend von welchen Personen und Ideen sich die Sozialisten politisch vertreten lassen.

(Spürnasen: Uli S. und Rüdiger W.)



Israel stoppt Hightechwaffen für Türkei



Die in deutschen Medien bestenfalls am Rande erwähnten gemeinsamen Manöver unseres Natopartners Türkei mit Syrien, dessen Regime gemeinsam mit dem Iran auf die militärische Vernichtung Israels hinarbeitet und antisemitische Terrorgruppen unterstützt, haben in Israel zu Verstimmungen geführt. Israel stoppt Hightech-Waffenlieferungen an die Türkei, da es den Verrat militärischer Geheimnisse an den Feindstaat befürchtet.

Wie das israelische Sicherheitsportal DEBKAFfile berichtet, hat Verteidigungsminister Barak die gemeinsamen Manöver der Türkei mit Syrien als verstörend bezeichnet, zumal die beiden Staaten bei dieser Gelegenheit ein Abkommen über eine Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien unterzeichnen werden. Israel kürzt nun eilig und drastisch den militärischen Austausch mit der Türkei, um den Verrat militärischer Geheimnisse an den arabischen Feindstaat zu verhindern. Nachdem die Türkei

ohnehin bereits mit Zahlungen über mehrere Millionen Dollar im Verzug ist, wurde auch der Bau einer israelischen Panzerfabrik in der Türkei gestoppt. Ebenfalls unterbricht Israel den Verkauf seiner weltweit führenden unbemannten Drohnen und reduziert die militärische Zusammenarbeit, die bis in die 1960er Jahre zurück reicht.

Wie die Seite weiter berichtet, wurde die Gefahr durch die wachsende Islamisierung der Türkei von der früheren israelischen Regierung verharmlost. Aus Kreisen des israelischen Geheimdienstes hört man jetzt, dass die Zeichen nicht verstanden wurden. Die türkische Armee ist nicht mehr das, was sie einst war. Die heutigen türkischen Generäle stimmen mit Erdogans Entscheidung überein, Israel den Rücken zu kehren.

Fazit: Wer sich auf die Freundschaft der Türken verläßt, braucht keine Feinde mehr. Die Frage, ob die Türkei, die jetzt offen mit antiwestlichen Diktaturen paktiert, noch länger Mitglied der Nato sein kann, wird drängender.

(Spürnase: Zahal, Foto: ehemaliger syrischer Bunker auf dem Golan)

**BILD: Tag der Arbeit als
Anlass für rechte Gewalt**



MAI-KRAWALLE

Polizei-Notstand in Berlin

Der Tag der Arbeit als Anlass für rechte Gewalt. So rechnet die Deutsche Polizeigewerkschaft zum 1. Mai mit schwersten Krawalle in Berlin. [mehr ...](#)

Ein großer Teaser auf der bild.de-Startseite (siehe Screenshot links) weist die Leser der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung heute darauf hin, wer in erster Linie für die zu erwartenden Gewaltexzesse am 1. Mai in Berlin verantwortlich ist: „*Der Tag der Arbeit als Anlass für rechte Gewalt*“, schreibt die BILD dort in Nebeldeutsch. Dabei hätte ein Blick auf Wikipedia genügt: „Der Erste Mai in Kreuzberg bezeichnet die durch linke und linksradikale Gruppen organisierten Straßenfeste und Demonstrationen am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, in Berlin-Kreuzberg.“

» info@bild.de



Toleranz spricht boarisch



Toleranz misst man am Umgang mit dem, da anders denkt oda eifach anders is. Deswegn war und bleibt Deitschland doa am tolerantestn, wo's am schwärzestn is: In da tiefstn boarischn Provinz. Hia, wo Schwulsei bereits 1813 ned mehr unta Strofe stand, wos si erst mit da deitschn Eiheit und da preissichn Gsetzgebung von 1871 wieda änderte, lebt es si aa heid prima, wenn man anders is und dennoch respektiert werdn will. Wa de Bayern kennt, findet's noamoi. Umso mehr wundert si des preissischste oia Nachrichtenmogazine: Da Spiegl. Und mua aa noch berichtn, dass de boarische Toleranz ausgerechnet im rotn Minga – drotz oierlei rosa Deppertem – bedroht is. Durch „homophobes Klientl mit Migrationshintergrund“, zuam Beispil.

Da Spiegl berichtet:

Auf der Fensterbank seines Klassenzimmers steht ein kleines, gerahmte Passbild seines Partners. Auch in anderen Klassenzimmern macht man es sich gern ein wenig heimelig. Als einmal eine neue Putzfrau eingearbeitet wurde, fragte sie nichtsahnend ihre langgediente Kollegin: „Ist das Ihr Freund?“ Antwort: „Nein, seiner.“ „Ach so.“

Parzinger, 45, unterrichtet im Achental, einer reichlich konservativen Voralpengegend zwischen Bernau am Chiemsee und Reit im Winkl. Wenn er auf dem Pausenhof Aufsicht hat, sieht er ringsum Gipfel. In jener CSU-regierten Landidylle haben Trachtenverein und katholische Kirche noch was zu sagen. Da fällt einer aus der Reihe, wenn er mit einem rostigen, weißen Golf das Regenbogenbanner auf dem Heck spazieren fährt. Da trägt keiner einen goldenen Ehering, wenn sein Partner ein Mann ist. Und da kommt auch sonst niemand mit der roten Schleife der Aidshilfe am Hemd zur Arbeit. Parzinger aber versichert, die Landbevölkerung sei toleranter als man vermute, „nur tragen sie ihre Liberalität hier nicht plakativ

vor sich her“.

Zu seinem Freund nach München ziehen will er nicht – auch wegen der Arbeit. An einer Hauptschule in München, meint Parzinger, hätte er es kaum gewagt, sich zu outen. Lieber setzt er sich Freitag für Freitag in den Zug. Dass im rot-grünen Stadtrat der Landeshauptstadt eine „Rosa Liste“ mitregiert, dass Bürgermeister Christian Ude offiziell beim Christopher Street Day auftritt, dass eine „Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ öffentlich für Akzeptanz wirbt, dass ein ganzes Viertel, das Glockenbach, offen schwules Leben ermöglicht – all das ändert nichts an Parzingers Bedenken.

Hauptschulen in Millionenstädten, weiß Parzinger, sind oft geprägt von homophober Klientel mit Migrationshintergrund oder aus dem einheimischen Prekariat. Wie gewaltsam sich Diskriminierung mitunter auch in München auswirkt, dokumentiert derzeit eine Ausstellung im Schwulen Kommunikations- und Kulturzentrum Sub: 56 Fälle für das vergangene Jahr, die Dunkelziffer schätzen die Kuratoren erheblich höher. Selbst das Glockenbach-Viertel ist laut Andreas Unterforsthuber, Leiter der Koordinierungsstelle, als Refugium bedroht: Es werde gentrifiziert, also mehr und mehr Mainstream; zahlreiche Schwule seien nicht mehr im Stande, sich das Leben im Herzen ihrer Community zu leisten; verstärkt komme es zu Pöbeleien.

» Gerhard Polt zu boarischer Toleranz: Teil 1 und Teil 2

(Spürnasn: Engholm)

Islamische „Freunde“ bedrohen Schäuble



Mit Freunden wie den Muslimen, braucht Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wahrhaftig keine Feinde mehr. Im Internet wird auf einem deutschsprachigen Islam-Forum dazu aufgerufen, die Mitglieder der deutschen Islamkonferenz, a.k.a. „Söhne von Affen und Schweinen“, die sich für mehr Verständnis und Toleranz gegenüber den „muslimischen Mitbürgern“ einsetzen, insbesondere Schäuble selbst, aber auch Ayyub Axel Köhler vom Zentralrat der Muslime sowie den EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber zu ermorden.

User-YusufQ meint frei übersetzt nach Koran:

„Schlachtet sie ab! So wird Allah sie durch eure Hand bestrafen und demütigen und euch gegen sie helfen und den Herzen eines gläubigen Volkes Heilung bringen.“

Als nachahmenswertes Beispiel werden die Sauerland-Terroristen gepriesen:

„Gewiss wird Euer Herr Eure Übel von Euch nehmen und euch in Gärten führen, durch die Bäche fließen.“

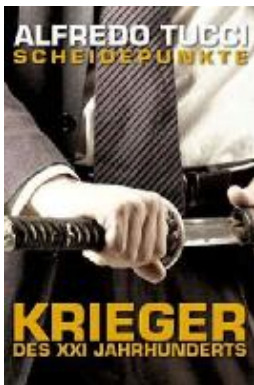
Außerdem wird auf dem friedlich-islamischen Forum ein Foto des Vorsitzenden Richters am Oberlandesgericht Düsseldorf, wo der Sauerland-Prozess geführt wird, Ottmar Breidling, gezeigt.

Bildunterschrift:

„Ist das noch ein Lebewesen oder lediglich eine Hülle einer innerlich leeren, hässlichen Puppe?“

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)

Sich verteidigen oder hoffen?



Nachdem mein letztes Posting zum Editorial von Alfredo Tucci auf so viel positive Resonanz gestoßen ist, wurde ich gebeten, den PI-Lesern mehr von diesem hervorragenden Autor verfügbar zu machen. Freundlicherweise war Tucci bereit, uns Auszüge aus seinen Büchern „Scheidpunkte – Krieger des XXI. Jahrhunderts“ und „Der Samurai in dir“ zur Verfügung zu stellen.

Die Auszüge aus dem erstgenannten Buch, auf das ich mich hier beziehe, zeigen Tuccis Gedanken bezüglich der Gefahren, insbesondere der terroristischen Gefahren, die auf unsere Gesellschaften lauern. In seinem Werk spürt man das Entsetzen über die verheerenden und unmenschlich brutalen Anschläge vom 11.03.2004 in Madrid, als muslimische Terroristen die Madrider Vorstadtzüge in die Luft sprengten. Seine Frage: „Wie kann man dieses verhindern?“

Dabei setzt Tucci in seinem Buch nicht allein auf die

staatlichen Organe. Nein, jeder muss seine Sinne schärfen und bei Möglichkeit auch sein kämpferisches Können. Denn wenn der Angriff im vollen Gange ist, kann man nicht auf Hilfe warten. Dazu richtet sich sein Appell auch an die Gemeinde der Kampfkünstler, ihr Wissen und Können nicht nur in ihren Schulen und auf Turnieren zu zeigen, sondern auch im alltäglichen Kampf um Sicherheit ihrer Mitmenschen.

Kernaussage des Buches bleibt aber: Alle müssen mitmachen, denn alle sind betroffen.

Das neue Konzept der Selbstverteidigung beinhaltet ungewohntes Wissen, ebenso für einen klassischen Kampfkünstler wie für einen Durchschnittsbürger, was vorher Eigentum einiger weniger Experten, Wachtpersonal und Sicherheitsbeamten war. Wissen und Konzepte, die wir nur aus Händen erfahrener Spezialisten annehmen können, so wie diejenigen, die wir für diese Ausgabe eingeladen haben, auch wenn sie häufig Artikel und Kolumnen in diesem Medium veröffentlichen und oftmals mit Videos bzw. DVD's komplettieren. Deren Bereitschaft und Mitarbeit für dieses Projekt kam unverzüglich. Diese Menschen wissen, was für die Gesellschaft wichtig ist, das Bewußtmachen und das Vorbereiten bzw. Ausbilden der größtmöglichen Anzahl von Menschen, um vor der jetzigen und zukünftigen Herausforderung des Terrorismus positiv reagieren zu können. Dies ist eine Schlacht, bei der die „bürgerliche Mitarbeit“ zu etwas mehr werden muß, zu einer Art „ziviler Militanz“.

Jeder kann sich nun die Frage stellen, wie sehr er/sie sich bereit fühlt für die Herausforderungen, die auf uns zukommen können – und wenn es schlimm kommt – auch kommen werden. Weiter beschwört Alfredo Tucci die Kampfkunsthfamilie und dabei in erster Linie die Lehrer und Ausbilder, besonders bei der Ausbildung von Sicherheitskräften vorn dabei zu sein, denn diese bekommen die Einschläge als erste ab. Ich glaube, wir können das in Deutschland bereits sehr deutlich erkennen.

Die Selbstverteidigung der neuen Ära verpflichtet uns Kampfkünstler, unser Wissen in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Glauben Sie mir: Das sagen sie selbst! Derzeit sind es noch zu wenige Beamte und meist nicht ausreichend ausgebildet. Aus unserer Erfahrung für den Kampf mit und ohne Waffen, steuern wir (und tun dies jeden Tag mehr!) Formeln für das Training und die psychophysische Ausbildung bei, für jene Menschen, die unter großem Druck arbeiten und noch dazu schlecht bezahlt sind, dafür aber in der ersten Schlachtreihe stehen. Ein Paradebeispiel für diese neue Linie kann in jeder Straße, jedem Flugzeug, Zug, Metro oder Bus im Okzident entstehen. Daher sollten wir uns positive Handlungsweisen erstellen, um direkt einzugreifen, wie beispielsweise durch das Lehren unserer Schüler, wie diese sich dieser neuen Herausforderungen zu stellen haben, denn die Kraft sind wir alle, in Anbetracht der Geschichte, sind wir Soldaten in dieser Schlacht. Dies bedeutet einen zusätzlichen Kraftakt der Ausbildung durch die Meister. Eine Anstrengung, die, das seien Sie sich sicher, jeden Tag mehr von den Schülern anerkannt wird, egal welchen Stil man betreiben mag. Zu guter Letzt, auch wenn es niemandem gefallen mag, so ist sich darüber doch alle Welt bewußt, und wer immer noch schläft, dem ist nicht mehr zu helfen – so häßlich ist die Sache, Freunde!

Alfredo Tucci beschäftigt sich aber nicht nur mit den eigenen Leuten, sondern auch mit dem Feind. Er stellt die Vorgehensweise des Terrorismus dar, die ganz und gar nicht so wirr und planlos ist wie viele denken mögen, sondern einer sehr einfachen Logik folgen.

Die Taktik des Terrorismus war schon immer der Verschleiß. Kann man einen überlegenen Gegner nicht besiegen, greift man ihn nicht frontal an. Die einzige Möglichkeit ist das unterminieren seiner Moral, man greift dort an, wo es ihm am meisten schmerzt, um ihn möglicherweise zum Nachgeben zu zwingen, um strategische Ziele zu verhandeln, normalerweise

territoriale. Doch es scheint so, daß diese neue Form des globalen Terrorismus keinerlei Territorien beansprucht – aber auf lange Sicht tut sie das doch! Vor allem verficht man ein neues Paradigma, das sich auf eine eigenartige Auslegung der heiligen Schriften des Korans stützt und deren Feind der „Ungläubige“ ist, das heißt, um es nicht komplizierter zu machen als es ist: Alle, die nicht mit jener Weltsicht übereinstimmen.

Der Begriff „fanatisch“ stammt vom Lateinischen „fanaticus“ und dessen Wurzel von „fanum“, was Tempel bedeutet. Kein Zweifel: Die weisen Väter unserer Kultur hatten bereits diese existente, intrinsische Beziehung zwischen beiden Dingen erkannt, und es liegt auf der Hand, daß der Mensch, trotz all seiner Technologie, sich gar nicht so sehr verändert hat.

Natürlich durfte auch sein obligatorischer Seitenhieb auf die „Gutmenschen“ nicht fehlen. Mittlerweile hat er sich dadurch international einen Namen gemacht.

Die Optimisten glauben, daß man die Gesellschaft „reparieren“ und „die Ungerechtigkeiten“ eliminieren könne, damit wir alle gleich seien. Einige Einflußreiche solcher „guten Absichten“ haben einen enormen Holocaust gelassen. Die Natur verabscheut die Gleichheit. Die Natur ist und wird sein was sie ist, Hierarchie, und die Pyramide mit der Zahl Pi ist nicht zufällig das Symbol der Perfektion unseres Planes. Von den Ägyptern bis hin zum Geldschein des Dollars, von Tenochtitlan bis zu den sozialen Darstellungen, sendet die Pyramide eine leise und uralte, unvergängliche Nachricht aus. Hören Sie sie?

Die „fanaticus“ sind aus ihrem „fanum“ gekommen, um der Welt ihre Sichtweise aufzuzwingen. Wir können uns nach der unsrigen fragen, oder sonstwas tun, und vor allem, wie weit wir gehen, und ob und wann wir die unsrige verteidigen. Wir können uns gar fragen, ob wir sie verteidigen wollen oder

nicht! Doch während all dem sollte man nicht hoffen, daß jene mit ihrer tödlichen und fanatischen Handlung von alleine aufhören werden.

Ich bin sehr dankbar, dass ich die Gelegenheit hatte, diese Auszüge zu lesen. Auch wenn das Buch „Scheidpunkte-Krieger des XXI. Jahrhunderts“ ein sehr philosophisch geprägtes Buch ist und sich in erster Linie an aktive Kampfkünstler richtet, stellt sie dennoch eine interessante Quelle für Jedermann dar. Besonders im Hinblick auf mögliche Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind. Denn wir alle müssen uns Gedanken machen, welche Sicherheitskonzepte erforderlich und umsetzbar sind. Denn leider gelingt es der Polizei mittlerweile oft nicht mehr, die Sicherheit und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland auf ihrem ganzen Gebiet zu gewährleisten. Wir werden am 1. Mai 2009 wieder eine Kostprobe davon bekommen – LEIDER!

» Email an Alfredo Tucci: budo@budointernational.com (bitte auf Englisch oder Spanisch)

(Gastbeitrag von Polarstern)



CDU - Stand

gefährdet

Sicherheit



Berlin stellt sich quer: In der für ihre Sicherheit berühmten Hauptstadt Berlin wird dieselbe durch einen geplanten CDU-Stand gefährdet. Denn der soll gerade dort stehen, wo linke Demonstranten am 1. Mai mit Friedensgesängen ihres Weges ziehen. Eine gefährliche Provokation, findet die Polizei. „Seit wann entscheidet der Mob, ob ich auf der Straße stehe oder nicht?“ fragt der CDU-Abgeordnete Kurt Wansner. Da können wir behilflich sein: Seit dem 20. September 2008 (Foto), als Ihr Parteifreund Fritz Schramma dies in Köln erstmalig und mit Erfolg so geregelt hat, und dafür viel Lob, statt des notwendigen Protestes aller Demokraten erhielt.

Die Berliner Morgenpost berichtet:

Die Situation vor dem 1. Mai in Kreuzberg heizt sich auf. Die Berliner Polizei sieht in einem geplanten CDU-Stand in der Oranienstraße ein mögliches Sicherheitsrisiko. Dort wollen Linksextreme lang ziehen und warnen die Christdemokraten. Berlins Unions-Chef Henke ruft nun nach Polizei-Schutz.

Unmittelbar vor dem 1. Mai spitzt sich die Situation in Kreuzberg zu. Linksautonome warnten am Dienstag die Berliner CDU, einen Informationsstand in der Oranienstraße aufzubauen. „Wir fassen diese Aktion als reine Provokation auf“, sagte Jan Schiesser von der Antifaschistischen Revolutionären

Aktion, die zu den Organisatoren der sogenannten „Revolutionären 1.Mai-Demonstration“ gehört. Die CDU will sich aber nicht vertreiben lassen. Der Kreuzberger CDU-Abgeordnete Kurt Wansner sagte: „Es gibt keinen Grund für uns abzutauchen. Wer sich provoziert fühlt, kann auch vorbeigehen.“ Wansner fragte: „Seit wann entscheidet der Mob, ob ich auf der Straße stehe oder nicht.“

Die Polizei sieht durch den CDU-Stand, der mit Sonnenschirmen geschmückt werden soll, ein mögliches Sicherheitsrisiko. Denn in der Oranienstraße findet am 1. Mai das traditionelle Myfest statt, auf dem sich voraussichtlich auch viele Autonome tummeln werden. Die Oranienstraße gilt grundsätzlich am 1.Mai als möglicher Ort von Krawallen. Verbale Angriffe, Bespucken sowie Tritte und Schläge könnten nicht ausgeschlossen werden, so die Polizei in einer Lageeinschätzung. Der CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Frank Henkel forderte in einem Brief an Innensenator Ehrhart Körting (SPD), die CDU-Veranstaltung zu schützen.

„Ich frage mich, wie weit die Maßstäbe in unserer Stadt schon verrutscht sind, dass die bloße Anwesenheit einer demokratischen Partei als ‚Provokation‘ gewertet wird, die in bestimmten Kreisen gewalttätige Aktionen hervorrufen“, schrieb Henkel. Er warnte zudem vor No-Go-Areas für Angehörige demokratischer Parteien. „Wir dürfen nicht vor linken Schlägertrupps weichen, die meinen, mit Gewalt Andersdenkende von den Straßen Kreuzbergs vertreiben zu können.“

Die Organisatoren des Myfestes, die sich um einen friedlichen 1. Mai in Kreuzberg bemühen, sagten, dass sie von dem geplanten CDU-Infostand überrascht seien. Silke Fischer, Organisatorin des Festes: „Ich weiß nichts von einem Stand der CDU. Wir wollen keine parteipolitischen Veranstaltungen. Deswegen habe ich auch allen Parteien abgesagt.“ Der CDU-Abgeordnete Wansner räumte ein, dass er seinen Stand bei Polizeipräsident Dieter Glietsch angemeldet habe. Eine

Reaktion stehe aber noch aus.

Die Autonomen nutzten gestern eine Pressekonferenz, um die Berliner Polizei zu attackieren und die Situation weiter aufzuheizen. Kirill Jermak, Organisator der „Revolutionären 1.-Mai-Demonstration“, Mitglied der Linkspartei und Bezirksverordneter in Lichtenberg, warf den geschlossenen Einheiten der Polizei „teilweise faschistischen Korpsgeist“ vor. Schon gestern versuchten die Autonomen die Schuld an möglicher Krawalle der Polizei zu zuschieben. Einer der Autonomen, der sich Peter nannte, warf Polizeipräsident Dieter Glietsch vor, mit seiner Anwesenheit im vergangenen Jahr zur Eskalation beigetragen zu haben. Die Organisatoren der Demonstration, die gegen 18 Uhr in Kreuzberg beginnt, rechnen mit 10000 Teilnehmern. Die Polizei erwartet Attacken aus dem Demonstrationzug sowie im Anschluss an den Umzug. Die Polizei ist an diesem Tag mit insgesamt 5000 Beamten im Einsatz.

„Wehret den Anfängen“ sollte gegenüber allen Feinden des Rechtsstaates gelten, und nicht nur, wie leider üblich geworden, gegen die Feinde der Freiheit von rechts. Aus gutem Grund ist es Sache der Gerichte, über das Verbot von Parteien zu entscheiden – und nicht Sache politischer Gegner. Dahin muss Deutschland wieder zurück finden, sonst ist die Demokratie in Gefahr. Weicht das Recht der Gewalt der Straße, sind bald alle Demokraten betroffen, und die Funktionäre der SED bestimmen erneut, was geschrieben, geredet und gedacht werden darf.

(Spürnase: Lothar)

Frankreich: Judenmörderbande vor Gericht



Youssef Fofana und seine jugendliche „Barbarenbande“ mit MiHiGru wird beschuldigt, im Februar 2006 gezielt den damals 23-jährigen Juden Ilan Hamili (Foto) entführt, 24 Tage lang als Geisel genommen und zu Tode gefoltert zu haben. Als man den Juden an einem Bahngleis in den Pariser Banlieues fand, war er nackt, voller Schnittwunden und am ganzen Körper mit Brandwunden übersät. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Der aus der Elfenbeinküste stammende Bandenführer Fofana, der von seinen Anhängern als „Oussama“, der „Boss“ oder „Youssef der Barbar“ bezeichnet wird, hält Juden für „mit Zaster ausgestopft“ und wollte sie zahlen lassen, weil er von der Solidarität innerhalb der jüdischen Gemeinde wusste. Die Entführer verlangten von Hamilis Familie 450.000 Euro Lösegeld.

Die Anklage gegen den hauptverdächtigen Bandenboss lautet auf vorsätzliche Tötung wegen der jüdischen Religionszugehörigkeit des Opfers, auf Geiselnahme, versuchte Erpressung, Folter und Barbarei. Fofana muss bei Prozessende am 10. Juli mit einer Verurteilung zu lebenslanger Haft rechnen. Die Mutter des Ermordeten dringt darauf, dass der Prozess öffentlich gemacht wird. Sie sagte gegenüber *France 3*:

„Man muss sehen, wer Ilan gequält und getötet hat, weil er

ein Jude ist.“

Antisemitische Motive sind bei den Tätern ganz offensichtlich.

(Mit Dank an alle Spürnasen)